

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bedeutsame Erklärung Bonar Laws

Frankreichs unmögliche Forderungen. — Deutschland soll einen Plan vorlegen.

London, 28. Februar. (WTB.) Im Unterhause fragte Sir John Simon (Lib.) den Premierminister, ob seine Aufmerksamkeit auf die Erklärung Millerands zur Ruhrfrage gelenkt worden sei, wonach Frankreich nichts zulassen würde, was es von seinem Ziel abdrängen könnte, und auf die Erklärung Poincarés, daß Frankreich das, was es ergriffen habe, nicht loslassen werde, bevor die Schuld beglichen sei, und ob die britische Regierung sich bei der französischen Regierung Sicherheit darüber verschafft habe, welches das Ziel Frankreichs bei der Fortsetzung der Invasion des Ruhrgebiets sei, und welches der Betrag der Schuld sei, deren Begleichung Frankreich als Vorbedingung für die Zurückziehung verlange.

Bonar Law erwiderte: Ich glaube, keine von beiden Erklärungen enthält etwas Neues. Ich habe dem, was ich schon gesagt habe, nichts hinzuzufügen. In Erwiderung auf eine weitere Anfrage sagte der Premierminister, der Betrag der Schuld sei wahrscheinlich die Summe, die im Jahre 1921 festgesetzt wurde.

Simon fragte: Ist das die Summe, von der Bonar Law erklärt hat, sie könne unmöglich gezahlt werden? Bonar Law erwiderte: Jawohl!

Nach einem eigenen Drahtbericht der „B. Z. am Mittag“ hat Bonar Law u. a. hinzugefügt:

Das Beste wäre, wenn Deutschland endgültig erklären wollte, was es zu tun gedente, und daß es eine Summe nennt, die es zu bezahlen entschlossen ist. England ist natürlich berechtigt, die Aktion Frankreichs zu kritisieren, aber dessenungeachtet wäre es sehr daisir, daß Deutschland endlich einen vernünftigen Plan zur Klärung dieser ganzen Frage vorlege. Am besten wäre es, wenn die drei Nationen England, Frankreich und Deutschland jede eine Erklärung über die Lage abgeben, um eine Lösung zu finden, die alle zufriedenstellt und der Welt endlich den ersehnten Frieden geben würde.

Wir können nicht glauben, daß der Londoner Ulstein-Korrespondent sich diesen Satz, dessen ungeheure Bedeutung in die Augen springt, aus den Fingern gezogen hat. Um so unverständlicher ist es aber, daß das WTB-Telegramm nichts darüber enthält.

„Westminster Gazette“ hebt hervor, Bonar Law habe in seiner Antwort auf die gestrige Frage Sir John Simons zugegeben, daß Frankreich beschlossene, das Ruhrgebiet besetzt zu halten, bis es die unmögliche Aufgabe vollendet habe, 132 Milliarden Goldmark zu bekommen. Wenn Poincaré meine, was er sage, so müsse Frankreich für immer im Ruhrgebiet bleiben.

„Westminster Gazette“ schreibt weiter, im Parlament sei gestern allgemein die Tatsache erörtert worden, daß es Simons gelungen sei, aus dem Premierminister das Eingeständnis herauszubekommen, daß Frankreich beschlossene, das Ruhrgebiet besetzt zu halten, bis es das Unmögliche erreicht habe. Eine solche Lage sei natürlich unmöglich. Sowohl konservative als auch liberale Mitglieder des Parlaments hätten gestern abend erklärt, daß die Lösung des Reparationsproblems und die Sicherung des europäischen Friedens nicht erreicht werden könnten durch die zahme Zustimmung zu dem französischen Eingriff, in die die Regierung hineintreibt. Die Regierung könne jetzt nicht mehr länger vorgehen, daß die Zeit für den Versuch noch nicht gekommen sei, die Entwicklung einer gefährlichen Lage zu vermeiden. Die Haltung der Arbeiterpartei werde jetzt im Lichte des Eingeständnisses Bonar Laws mit Interesse verfolgt werden.

„Daily Chronicle“ sagt, die Antwort Bonar Laws auf die gestrige Frage Simons' schiene klar zu machen, daß die französische Regierung beschlossene, dauernd im Ruhrgebiet zu bleiben. In einem Leitartikel greift „Daily Chronicle“ die Haltung Bonar Laws in der Frage scharf an und schreibt zu dem gestrigen Eingeständnis des Premierministers, gebe Bonar Law weiterhin offiziell vor, zu glauben, daß Frankreich nur Reparationen wolle und daß die Haltung Englands gegenüber dem französischen Abenteuer „wohlwollend“ sei? Bonar Law habe seinen Finger gerührt, um die besten Seiten des Versailles-Vertrages zu reiten, in denen die Beachtung der wesentlichen Nationalitätsgrenzen in Europa gefordert wird.

England nicht passiv.

Rede des Außenministers Curzon.

London, 28. Februar. (WTB.) Der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Lord Curzon erklärte auf einem Klubsessen in einer Rede zur türkischen Frage, die Frage, um die es sich in Kaufman handelte, werde jetzt in Angora erörtert, wo es wie anderswo eine Friedenspartei und eine Kriegspartei, eine gemäßigte und eine extremistische Partei gebe. Seiner Ansicht nach werde die erstere, zu der nach seiner Überzeugung Ismet Pascha gehöre, die Oberhand behalten.

Curzon fuhr fort, der Frieden der Welt sei noch nicht gesichert. In der Ruhr herrsche eine sehr verwickelte und bange Lage. Es berühre ihn peinlich, wenn er fast täglich den Appell an das britische Volk lese, es möge sich überall zurückziehen, vom Rhein und aus Konstantinopel, von den Meerengen, aus Jerusalem und aus Bagdad. Ihm sei die

Politik des allgemeinen Ausweichens nicht sympathisch.

Es müsse bei der Frage eines allzu eiligen Zurücknehmens englischer Truppen auch die dadurch auf den Weltfrieden ausgeübte Wirkung erwogen werden. Es gebe Stellen, von denen sich England zurückziehen könnte und vielleicht werde zurückziehen müssen, aber er wolle vorsichtig sein und sicher sein, daß das Land dadurch

nicht in größere Schwierigkeiten gerate. Es sei besser, ein wenig länger zu bleiben als zu früh zu gehen. Curzon verglich die heutige Lage mit der Lage, die nach Waterloo bestand, und sagte, in vieler Hinsicht hätten sich England und Europa weit besser erholt(?). Für den Augenblick habe man das beklagenswerte Schauspiel in einem Teile Europas, daß zwei große Nationen, Frankreich und Deutschland, deren harmonische Beziehungen für die Wiederherstellung des internationalen Friedens wesentlich seien, in einen Streit verwickelt seien, der mit Rücksicht auf die große Verschiedenheit der Kräfte als Wettkampf physischer Kraft nicht ernst sei, jedoch ernst sei wegen der Leidenschaft, die er erzeugen könne, und wegen der Fragen, die daraus entstehen könnten.

Zur Lage im Innern erklärte Curzon, die Einkünfte Englands deckten die Ausgaben, die Schuld werde allmählich verringert und die Währung steige. Die Ausfuhr von Fertigwaren habe fast die Vorkriegshöhe erreicht.

Curzon erklärte weiter, Polen mache Fortschritte, die Tschechoslowakei habe ihre Währung stabilisiert, ihr Budget ausglich und bilde einen Faktor für den Frieden Europas. Von Desterreich habe man noch kürzlich erklärt, daß es dem sofortigen Untergange zuneige, und jetzt werde eine Anleihe von zwei Millionen Pfund Sterling erfolgreich in der City von London und entsprechend in den anderen großen europäischen Hauptstädten ausgeben. Italien, das noch vor einigen Jahren ein Bild der Unordnung war und von der Revolution bedroht wurde, habe sein Prestige unter einem starken Mann, Mussolini, erhöht. Das Bild der mitteleuropäischen Staaten sei nicht das Bild der Verzweiflung, sondern der Wiederherstellung der Ordnung. Es gebe natürlich

einige schwarze Flecke auf der internationalen Leinwand, wie z. B. Rußland und der nahe Osten sowie das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland im Ruhrgebiet. Er wünschte, er könnte hier Tageslicht sehen. Es sei leicht, die Politik der Regierung bezüglich der Ruhr als unverantwortlich und zögernd zu kritisieren, er zweifle jedoch, ob diese Politik für den Augenblick irgendwo anders sein könne. Er sei der Ansicht, daß, allgemein gesprochen, die öffentliche Meinung die Politik der Regierung verstehe und sie unterstütze. Er glaube, daß die öffentliche Meinung Englands mit der Regierung der Ansicht sei, daß der

militärische Einmarsch in das Ruhrgebiet, ob recht oder unrecht, auf jeden Fall unklar war. Er glaube, daß die öffentliche Meinung Englands der Ansicht sei, daß die Regierung recht getan habe, nicht daran teilzunehmen, sondern die Stellung der britischen Truppen am Rhein solange wie möglich aufrechtzuerhalten, weil England ebenso wie alle anderen an der Lösung des Problems interessiert sei. Die Lösung der Reparationsfrage sei nicht Frankreich, Großbritannien und Italien allein vorbehalten, sie sei eine internationale Frage, an der alle gleichmäßig interessiert seien, und er sehe dem Tag entgegen, wo sie durch eine internationale Aktion gelöst werde.

Curzon bezeichnete zum Schluß die Regelung der britischen Schuld an die Vereinigten Staaten als einen ersten entscheidenden Schritt zur Einleitung der Stabilisierung und der Wiederherstellung des Vertrauens in der Welt.

Frankreichs Riesenschuld an England.

London, 28. Februar. (Gca.) Schatzkanzler Baldwin erklärte gestern im Unterhause, daß der Gesamtbeitrag der französischen Schuld, einschließlich der Warenlieferungen und verschiedener anderer Leistungen 610 Millionen Pfund betrage, d. h. nach dem augenblicklichen Kurs etwa 47 Milliarden Frank (bzw. 12,2 Milliarden Goldmark, Red. d. „V.“).

Die Anilin-Patente.

Im Hauptausschuß des Reichstages teilte am Mittwochvormittag Reichswirtschaftsminister Dr. Becker mit, die Behauptung der Badischen Anilin- und Sodawerke, daß die Reichsregierung im Jahre 1919 von dem Abkommen zwischen der Fabrik und der französischen Regierung Kenntnis erhalten oder gar ihr Einverständnis damit erklärt hätte, sei falsch. Erst jetzt sei die Reichsregierung von dem Abkommen unterrichtet worden.

In der Aussprache wurde das Verhalten der Badischen Anilin- und Sodawerke von Rednern verschiedener Parteien, auch der Zentrumsfraktion, scharf verurteilt. Ein Zentrumredner sagte, daß das Abkommen nicht nur der französischen Landwirtschaft, sondern auch dem französischen Militarismus diene. Es sei tief bedauerlich, daß ein deutsches Volk ein solches Abkommen getroffen habe.

Handgranate in das Maschinenhaus.

Attentat auf die Elberfelder „Freie Presse“. Elberfeld, 28. Februar. (Gg. Drahtbericht.) Auf das Gebäude unseres Elberfelder Parteiblattes die „Freie Presse“ wurde in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch ein Attentat verübt. In den Maschinenraum wurde eine Steilhandgranate geworfen, die zum Glück nicht explodierte. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Haufe am Effektenmarkt.

Am Devisenmarkt ruht der Verkehr gegenwärtig fast vollständig. Die Umsätze sind minimal, die Kurse halten sich schon seit mehreren Tagen fast unverändert auf der gleichen Höhe. Um so lebhafter war heute das Geschäft am Effektenmarkt. Hier entwickelte sich eine stürmische Haufe in einigen oberösterreichischen Papieren, vor allem Hohenscho. Diese Bewegung ergriff bald den ganzen Aktienmarkt und veranlaßte die Spekulation zu starken Käufen.

Berliner Lohnkämpfe.

Wir stehen in Berlin unmittelbar vor großen und schweren Arbeitskämpfen, die, wenn sie ausbrechen, das gesamte Wirtschaftsleben in ihren Grundfesten erschüttern müssen. Die Unternehmer sträuben sich hartnäckig, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten der Leuerung anzupassen. So hat der Verband Berliner Metallindustrieller bei den letzten Verhandlungen mit dem Deutschen Metallarbeiterverband die Behauptung aufgestellt, daß seit dem Lohnabkommen, das am 12. Februar in Kraft getreten ist, keine weitere Leuerung eingetreten wäre, daß die Gesamtausgaben der Arbeiter nicht gestiegen wären, und daß deshalb eine Erhöhung der Löhne nicht am Platze wäre. Diese Behauptung haben wir bereits auf Grund der Leuerungszahlen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin widerlegt. Eine nicht minder unerträgliche Haltung nahm der Verband Berliner Metallindustrieller bei den Verhandlungen ein, die die Gehälter der Angestellten für den Monat Februar regeln sollten.

Der Verband Berliner Metallindustrieller steht aber durchaus nicht allein in dieser Ablehnung einer Entlohnung der Arbeiter und Angestellten, die es diesen ermöglichen würde, ihre Existenz menschenwürdig zu fristen. Kaum ist der Streik in der Berliner Holzindustrie beigelegt, so nimmt die Unternehmerorganisation eine Haltung ein, die geradezu auf ihren Wunsch schließen läßt, die Arbeiter in einen neuen Streik hineinzutreiben. Das gegenwärtige Lohnabkommen in der Berliner Holzindustrie lief bereits am 23. Februar ab. Die Berliner Holzindustriellen erklärten in einem Schreiben, daß sie jede Verhandlung über die neuen Löhne ablehnen, solange nicht die in einzelnen Betrieben bestehenden Differenzen beigelegt seien. Nun ist es natürlich schlechterdings unmöglich, daß in einer Stadt wie Berlin nicht irgendwo in einzelnen Betrieben Differenzen und Konflikte bestehen. Die gegenwärtig bestehenden Konflikte, die übrigens nicht von großer Bedeutung sind, kommen ausschließlich auf Rechnung jener Unternehmer, die es ablehnen, die Abmachungen, die zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Berliner Holzindustrie abgeschlossen worden sind, einzuhalten. Die Unternehmerorganisation benutzt also diese von den Unternehmern selbst verursachten Einzelfälle, um es zu einem Gesamtkonflikt zu treiben.

Eine ähnliche Haltung nimmt der Berliner Großhandel ein. Die im Großhandel beschäftigten Handelsarbeiter gehören zu den schlechtestbezahlten Arbeitern Berlins. Auch hier erklären die Arbeitgeber, daß eine Leuerung nicht eingetreten sei, da ja, wie sie sagen, für Fette ein Preisabbau stattgefunden habe. Nun weiß jeder, daß einerseits der Großhandel in den letzten Monaten, ja man kann sagen in den letzten Jahren, Riesengewinne gemacht hat; andererseits beeinflussen die Löhne gerade im Großhandel die Preise so gut wie überhaupt nicht. Es gibt also hier für die Haltung der Unternehmer keinerlei Erklärung oder Entschuldigung. Die einzige Erklärung, die man auch hier geben kann und zu der man durch diese Haltung der Arbeitgeber gezwungen wird, ist der Wille, es zu einem Konflikt, zu einer Arbeitsniederlegung zu treiben, um dadurch vielleicht wieder die Preise für die aufgestapelten Vorräte in die Höhe zu treiben.

Lehnisch liegen die Verhältnisse in einer ganzen Reihe von Industrien und Branchen. Wir können sie nicht in einzelnen hier durchgehen. Die drei von uns zitierten Beispiele genügen aber vollkommen, um zu zeigen, wie es mit der „inneren Umstellung“ und dem „versöhnlichen Geist“ der Unternehmer bestellt ist. In ihren Blättern rufen sie nach „Einheitsfront“ gegen die Ruhrbesetzung, beteuern sie die Notwendigkeit der Zurückstellung der Einzelinteressen. Bei den Lohnverhandlungen vertreten sie unentwegt den unheiligen Egoismus der Arbeitgeberinteressen. Man scheint sich in Unternehmer- und Regierungskreisen ein merkwürdiges Bild von der Lage unserer Arbeiterschaft und unserer Angestellten zu machen. Gewiß ist die Arbeiterschaft mehr als irgendeine Bedürfnislosigkeit entschlossen, den Imperialismus und Militarismus niederzuringen. Aber sie ist auch entschlossen, in diesem Kampfe sich nicht mit der Rolle des Kanonenfutters zu begnügen. Und sie kann und wird es nicht dulden, daß die Unternehmer unter dem Vorwande der Einheitsfront, nach den Kriegs- und Reparationsgewinnen nun auch Besatzungsgewinne auf Kosten der unterernährten Arbeiterschaft machen.

Die Unternehmer berufen sich bei Lohnverhandlungen auf den Dollar, wenn dieser gerade sinkt oder zum mindesten nicht steigt. Es fällt ihnen aber nicht ein, sich in gleichem Maße auf den Dollar zu berufen, wenn dieser steigt oder wenn sie bei einem Dollarrückgang die Preise festsetzen. Das läßt sich an der Hand der Großhandelspreise feststellen. Die letzte Dollarkaufe kam Anfang Februar zum Stillstand. Seitdem ist es gelungen, den Dollar auf ungefähr 22 000 bis 23 000 festzuhalten, also auf weniger als die Hälfte im Vergleich zu dem Höchststande der letzten Dollarkaufe. Der Großhandel hat wohl die Dollarsprünge mitgemacht, ist aber dem Abstieg nur widerwillig und sehr langsam gefolgt. Während der Dollar in der Zeit vom 3. bis 13. Februar um 28 Proz. an der Berliner Börse zurückging, erhöhten sich in der gleichen Periode die Großhandelspreise um 8 Proz. Wohl waren die Preise für Importwaren dem Dollar gefolgt, nicht aber die Inlandwaren. Erst in der Woche vom 13. bis 20. Februar trat eine allgemeine Senkung ein, die

aber mit 7 Proz. nur die Hälfte des Dollarrückganges in der gleichen Woche erreichte. Auch hier konnte man wieder die Beobachtung machen, daß es die Inlandwaren gewesen sind, die viel langsamer zurückgingen, und zwar die der landwirtschaftlichen Produkte nur um 11 Proz., die der industriellen Inlandrohstoffe und Halbfabrikate nur um 8 Proz. Die Preise der Fertigfabrikate dagegen sind selbst noch in der Woche vom 13. zum 20. Februar um weitere 2 bis 3 Proz. gestiegen. Daraus ergibt sich aber mit unabänderlicher Notwendigkeit ein weiteres Anzeichen der Kleinhandelspreise.

Während also unsere Fabrikanten die Preise trotz des Dollarrückganges weiter in die Höhe trieben, verweigern sie gleichzeitig eine Anpassung der Arbeitseinkommen an die Teuerung. Und unsere Unternehmer können sich wirklich nicht auf die billigen Auslandslöhne berufen. Im Vergleich zu den Arbeitern der industriellen Länder Europas — von den Vereinigten Staaten ganz zu schweigen — befinden sich die deutschen Arbeiter in einer Pariastellung. Zum Beweise wollen wir einige Zahlen anführen, die einer Erhebung entnommen sind, die das Sekretariat der Bauarbeiter-Internationale angestellt hat.

Die Erhebung bezieht sich auf die höchsten und niedrigsten Löhne der gelernten und ungelernten Bauarbeiter im Juni 1914 und im Juni und November 1922. Wir beschränken uns darauf, die Löhne der gelernten Bauarbeiter im November 1922 anzuführen und sie nach dem gegenwärtigen Wechselkurs in Mark umzurechnen. Wir können das um so mehr tun, als seit November 1922 in den von uns zitierten Ländern eine wesentliche Verschiebung dieser Entlohnung der Arbeiter nicht eingetreten ist. In Papiermark umgerechnet betrug also im November 1922 der Höchstlohn der Bauarbeiter in Frankreich 288 000 M. pro Woche, der niedrigste Lohn des gelernten Bauarbeiters betrug 180 000 M. In Belgien schwankte der Wochenlohn zwischen 204 000 und 162 000 M. In England zwischen 400 000 und 200 000 M. pro Woche. In Schweden betrug der Wochenlohn zwischen 390 000 und 222 000 M. Und nun zum Schluß das verelendete Oesterreich. Dort betrug der Höchstlohn 501 080 Kronen gleich 166 000 M., der niedrigste 314 000 Kronen gleich 104 000 M. pro Woche. Wenn auch in Oesterreich seitdem die Löhne etwas zurückgegangen sind, so stehen sie auch heute noch erheblich über denen der deutschen Arbeiter.

Wir glauben diesen Zahlen nichts hinzufügen zu müssen. Sie zeigen deutlich genug, daß es für die Haltung der Unternehmer keinerlei Entschuldigung gibt. Die wirtschaftlichen und politischen Folgen der Kämpfe, die auf diese Weise heraufbeschworen werden, brauchen wir kaum zu schildern. Sie können von einer Tragweite sein, die weit über die Folgen gewöhnlicher Lohnkämpfe hinausreichen, zu vermeiden sind sie aber nur dann, wenn die Unternehmer sich noch rechtzeitig zu der Erkenntnis durchringen, daß die Arbeiter, schon aus Rücksicht auf Frau und Kind, von der Forderung einer einigermaßen menschenwürdigen Entlohnung nicht ablassen können.

Freilassung der Kappisten?

Der Sinn des Ruhrkampfes.

Es gibt sonderbare Heilige in der Welt. Die Konservativen von ehemals, die sich jetzt der Schönheit halber „Deutschnationale“ nennen, rufen jeden Tag nach der „Einheitsfront“, um den französischen Einbruch ins Ruhrgebiet abzuschlagen zu können. Gleichzeitig aber sucht man täglich die Sozialdemokratie des Verrats an dieser eingebildeten Einheitsfront zu beschuldigen und die neue Volksherrschaft genügend vorzubereiten.

Ganz unter der Hand aber wollen die Herrschaften noch ihr besonderes Geschäftchen mit der Einheitsfront machen. Da wird zum Beispiel in der „Pommerschen Tagespost“, dem Organ der Deutschnationalen in Pommern, das Verlangen gestellt, es müßten schleunigst die bisher von der Amnestie ausgenommenen Führer und Urheber des Kapp-Putsches amnestiert werden, da

Residenz-Theater: „Professor Bernhardt“

Artur Schnitzler wurde vor kurzem 60 Jahre alt. Man hob ihn nicht so geräuschvoll zur feierlichen Aufmerksamkeit der Menge empor, wie es Gerhart Hauptmann sich gefallen lassen mußte. Ja, es schien sogar, als wenn man etwas Miß an dem jungen Manne vorbeigeht, der eben den ersten Schritt ins Greisenalter tat. Die Bühnen Deutschlands spielten in der letzten Zeit wenig Schnitzler, und wenn sie ihn spielten, erinnerten sie sich nur an den Ständeleitersfolg des „Reigen“ oder an die Molligkeit des süßen Mädchens, das nach dem Urteil kluger Literaturforscher Schnitzlers unsterbliches Geschöpf sein soll. Nun, er ist mehr als ein Schöpfer der fesselnden Schlüpfzigkeit oder der mahnenden Gutmütigkeit. Er war auch ein Gesellschaftskritiker, er hat sich sogar mit der Politik herumgeschlagen. Nur pflegte er die Tendenz nicht sehr laut in den Mund zu nehmen. Hatte er z. B. wie in diesem Lustspiel, vom Professor Bernhardt Indulgenz für die Kirche gegenüber der Mißbilligung der medizinischen Wissenschaft festzustellen, so tat er es nicht mit der drohenden Faust. Er belächelte, er hebelte mit Humor.

Dieser Arzt, der seinen armen Patienten die letzte Lebensstunde nicht durch den Zetismus vergällen lassen möchte, ist wahrlich kein Fanatiker oder Parteigänger. Der Sterbende, der von seinem Tode nichts ahnt, ja, der von dem Wunder einer glückseligen Stimmung kurz vor dem Versterben begünstigt wird, gehe hin in Frieden. Wie kann es ein Menschenfreund von Rang und rechlichem Empfinden gestatten, daß der Pfaffe zu diesem lebenden Leichnam tritt, um ihm die letzte Selung aufzuzwingen? Das Stück spielt im kaiserlichen Wien. Doktor Bernhardt's Fall kompliziert sich dadurch, daß er jüdischer Abkunft ist. Aus dem Freudentum wird ein Kassen- und Religionsstück. Kein Zweifel, für wen Schnitzler Partei nimmt. Aber es gibt auch im Parteinehmen eine gewisse Vornehmheit, die höchst moralisch wirkt. Die Vornierten und Streber in der Komödie werden kritisiert, scharf, aber ein Psychologe sieht die Dichter so zart auf, daß er auch an die tieferen Herzenskammern der Vornierten Wahrheit heranbringt. Es gibt sogar einen Moment der Tragik in dieser Komödie. Der Arzt hat eben die Gefängnisstrafe abgesehen, die ihm seine vermeintliche Gotteslästerung eintrug. Der Pfarrer, der hauptsächlich an dieser Verurteilung, kommt, um sich auszuföhnen. Nun stehen sich gegenüber der Mann Gottes und der Mann mit der freien Religion, der sich still, aber nicht minder energisch rühmt, daß er auch den Born der tieferen Stillsichtigkeit suche. Und man weiß nicht, ob bei der pathetischen Rede und Gegenrede, die ein Ringen um höchste Weltanschauung ist, der kirchlich-fromme oder der weltlich-fromme das ewige Recht gefunden hat. Pfarrer und Arzt stehen vor einem Abgrund, jeder an einem anderen Rande. Sie wollen nicht in die Schmach des Abgrundes blicken. Sie wollen sich nur die Hände reichen.

Es nur das „Beste für das Vaterland“ gewollt hätten. So werden sie geschickelt:

1. Büttwig, ein hochverdienter preussischer General, im Alter wohl den 70 nahe, muß seit drei Jahren sein Vaterland meiden.
2. Bauer, ein Mann reinen Strebens für sein Vaterland, desgleichen.
3. Ehrhardt, dem die Republik sein Birken für Ruhe und Ordnung 1818/19 auf den Knien danken sollte, in Hof. Ein Mann von der Art, die wir von Feinden rings umstellten bitter nötig haben, nunmehr schon monatelang in Unterjochung, statt Rusteln und Sinn für Kampf straffen zu können. O deutsche Parteiborniertheit!
4. Pabst, ein Mann von erwiesenen Fähigkeiten mandarteil Art, die jetzt bald drei Jahre brach liegen.
5. Rapp, noch zwei schweren und nutzlosen Lebensjahren im Ausland, unter traurigen Umständen im heiliggeliebten Vaterlande in Unterjochung gestanden.
6. Jagow, seit Jahr und Tag in Gollnow, für insgesamt 5 Jahre seines Einkommens und Vermögens verlustig, obwohl das Urteil anerkennt, daß er „aus Ueberzeugung unter dem Banner irreführender Vaterlandsliebe und eines verführerischen Augenblicks dem Unternehmen angeschlossen habe“.

Diese Biedermänner, die ja nur einen kleinsten Teil des Büttwigkreises bilden, sollen jetzt auch noch außer Verfolgung gesetzt werden, nachdem es dem Ludendorff, dem Lüchow und zahlreichen anderen Beteiligten gelungen ist, sich dem Strafgericht zu entziehen. Eine solche Forderung wird gestellt im Namen der Einheitsfront! Deshalb sollen die Professoren an der Ruhr ihre körperliche Sicherheit aufs Spiel setzen und dabei vergessen, daß infolge des Kapp-Verbrechens gerade im industriellen Ruhrgebiet unzählige Opfer gefallen sind, weil die „eid- und verfassungstreuen“ Generale, wie Watter, eine Erklärung zugunsten der verfassungsmäßigen Regierung hartnäckig verweigerten?

Nur seltsame Heilige können solche seltsamen Forderungen stellen. Allerdings zu dieser gleichen Fakultät gehört der deutsch-nationale Landtagsabgeordnete Dr. Kaufmann, der auf einer Tagung seiner Berliner Parteigenossen den lapidaren Satz prägte: „Zwischen uns und Frankreich wird es erst dann wieder Frieden geben, wenn auf beiden Ufern des Rheins die schwarzweißrote Flagge wieder weht!“

Ob den Leuten, die solchen Unsinn reden oder schreiben, denn gar nicht zum Bewußtsein kommt, welche Wirkung ihre Kundgebungen gerade bei den Arbeitern an der Ruhr auslösen muß, die jetzt im Vordertreffen des Kampfes stehen nicht für „Schwarzweißrot“, nicht für die Kapp-Verbrecher, sondern für die Deutsche Republik und ihren Bestand?

Aufhebung der Schutzgesetze beantragt.

Nachdem durch die Aufmerksamkeit Severings endlich über die vertraulichen Beziehungen von Reichswehroffizieren zu den illegalen Selbstschutzbänden Vereinbarungen veranlaßt worden sind, die diese Beziehungen aus der Welt schaffen sollen, halten die Deutschnationalen die Zeit für gekommen, offiziell die Aufhebung der Gesetze zum Schutz der Republik zu fordern. Im Reichstag hat ihre Fraktion ersichtlich diesen Antrag eingebracht. Es wird sich zu zeigen haben, ob die Deutschnationalen innerhalb der bürgerlichen Einheitsfront soviel Unterstützung finden, daß sie es wagen dürfen, der republikanischen Bevölkerung angelehnt der Vorgänge im Ruhrgebiet auch noch diesen Faustschlag zu verfehlen. Ueber die Folgen mußten sie sich ganz klar sein!

Ein streikender Feudalbureaufkrat.

Genosse Reichstagsabgeordneter Hoffmann-Schmargendorf schreibt uns:

„Als ich am Sonnabend, den 24., im Auftrage der Fraktion im Reichsjustizministerium an einer Besprechung über die erneute Erhöhung der patentamtlichen Gebühren teilnehmen wollte, machte mir der Staatssekretär Joel in Gegenwart des Oberregierungsrats Klauer eine überraschende Mitteilung. Mit Bezug auf meine Rede vom 14. über das Reichspatentamt folgte er, ich könne einem so hohen Reichsbeamten wie dem Präsidenten von Specht nicht zumuten, an einer Besprechung teilzunehmen, bei der ich anwesend wäre, nachdem ich kürzlich ihn im Reichstag so scharf angegriffen hätte. Ich entgegnete, daß Herr von Specht keine persönlichen Empfindungen hinter die sachlichen Aufgaben seines Amtes zurückstellen habe. Ich nahm

Es ist ein männliches Stück, dem Dichter ausgesprochen, und auch vom Zuschauer aus angeblüht. Der Dichter schlägt sich mit einem Problem. Man freut sich, daß es in Wiener Stadtlust hinein-getaucht wurde. Alles wird dadurch sanfter, alles wird dadurch inniger an den Boden verknüpft. Schnitzler, selber ein „Arzt“, hat viele Ärzte in dieser Komödie erkannt und gezeichnet. Man möchte sagen, der sechzigjährige Klassiker des Verzeidramas, hat die Stand- und Rangliste seiner Fachgenossen hochgerecht aufgeschrieben.

Das Stück ist sehr gut gemimert. Die Theorie, die verhandelt wird, klingt ständig ins Ohr. Sie klingt, weil das Gleichgewicht der Theaterfiguren sehr behutsam und weise ausgewogen wurde. Hier erste Akte haben einen fünften als Satirspiel, in dem alles von der heitersten Seite gestreift wird.

Die Komödie ganz wienerisch zu spielen, gelingt dem Residenz-theater nicht. Heinz Salsner, der Bernhardt, gibt seinem Arzt eine sehr schöne, von Ironie durchzogene Ausdeutung. Er ist gut in seiner Rolle, er spielt nicht nur von außen her, was eigentlich die übrigen alle taten. Die übrigen rieben sich nur an der Fassade ihrer Rolle. Sie spielten mit Maske, nicht mit ihrer Kraft. Und ein Wirrwarr des Dialektischen herrschte, durch den man gerade Schnitzler immer verdirbt. Gewiß, das Gepulverte in dieser Komödie der Weltanschauungen gelingt immer. Der Regisseur muß aber über dieses Selbstverständliche hinaus die Dinge und die Menschen nuancieren. Da verlagten der Regisseur und die Schauspieler vollständig.

Mag Hochdorf.

Die Wissenschaft vom schnellen und langsamen Rauchen. Man rät gewöhnlich den Rauchern, nicht so rasch und tief an den Zigarren und Zigaretten zu ziehen, weil dadurch der Genuß des Aromas abgeschwächt wird. Aber auch vom gesundheitlichen Standpunkt ist das langsame Rauchen dem schnellen vorzuziehen, wie neuere Untersuchungen über das im Tabakrauch vorhandene Kohlenoxyd zeigen. Nach den Forschungen des englischen Arztes Henry C. Armstrong wird in den „Naturwissenschaften“ darüber berichtet. Beim Rauchen verschiedener Zigarettenmarken, sowie von Zigarren und Pfeifen, wurde durch „künstliches“ Saugen festgestellt, in welchem Maße giftige Gase, besonders Kohlenoxyd, im Rauch vorhanden sind. Es ergab sich, daß 80 Proz. Luft durch die Zigaretten, 50 Proz. durch Pfeifen, 30 Proz. durch Zigarren gesaugt werden. Der Kohlenoxydgehalt in dem Rauch ist stark von der Geschwindigkeit des Rauchens abhängig. Bei raschem Einatmen der Luft werden Ausdehnung und Temperatur der glühenden Masse gesteigert, und dadurch wird mehr Kohlenoxyd gebildet. Zigarettenrauch enthält im allgemeinen zwischen 0,5 bis 1 Proz. Kohlenoxyd. In einer weiteren Versuchsreihe wurde dann der im Rauch gesammelte Rauch direkt analysiert. Alle abgelagerte Zigaretten lassen die Luft leicht durchströmen und dadurch erklären sich bei ihnen die niederen Kohlenoxydwerte. Für die Entwicklung des Kohlenoxyds sind neben der Geschwindigkeit des Rauchens und der Länge der glühenden Masse Dichte und Festigkeit der Zigarettenwickelung die bestimmenden Faktoren. Rasche Raucher erzeugen demnach viel

selbstverständlich an der Besprechung teil. Der verantwortliche Leiter des Patentamts, Herr Präsident von Specht, glaubte aber wegen meiner Anwesenheit es mit seiner Amtspflicht vereinbaren und einer so wichtigen Besprechung fernbleiben zu können.“

Soweit Genosse Hoffmann. Das Verhalten des Präsidenten v. Specht ist, gelinde gesagt, unzulässig. Es entstehen hier Fragen, die die Verfassung, die Kontrolle der Verwaltung, die Autorität des Staates und die Disziplin der Beamten berühren. Billigt der Reichsjustizminister die Weigerung des Herrn v. Specht, mit einem Abgeordneten und Vertreter unserer Fraktion an einer amtlichen Besprechung teilzunehmen, die sich mit der Beseitigung des Defizits seines Amtes beschäftigt. Und ist er mit der Haltung seines Staatssekretärs einverstanden, der die Ungehörigkeiten des Herrn v. Specht billigte und deckte?

Schurken am Schreibtisch.

Der „Tag“ war früher einmal ein rechtsgerichteter, aber ein anständiges Blatt. Jetzt ist er längst, wie es viele andere Organe der Rechten sind, zu einer Stufe herabgesunken, die in Vorkriegszeit kaum von der Stummschen „Post“ erreicht worden ist. So bringt er es fertig, über die gestrige Reichstagsrede des Genossen Künzler folgendes zu schreiben:

Genosse Künzler spinnt denselben Faden, der bei dem nicht immunen Genossen Dehme außerhalb des hohen Hauses Denunziationen und Bandeserrat genannt wurde. Nur ein Unterschied ist dabei. Dehme ließ sich, wie die Polizei behauptet, für die von ihm einer fremden Macht gelieferten Nachrichten bezahlen. Das hat Künzler nicht nötig. Er wird ja schon vom Reiche bezahlt, bekommt für seine Tätigkeit diese Abgeordnetendiäten. Dafür liefert er den Franzosen und Polen durch seine Reichstagsrede „Material“ über angelegliche deutsche Rüstungen.

Herr Dehme, den wir im rechtlichen Sinn für ungeschuldig halten, ist gewiß keine Zierde der deutschen Journalistenwelt. Aber dieser sichere Herr A., der im „Tag“ die Reichstagsstimmungsbilder schreibt, hat nicht das geringste Recht, sich über ihn zu erheben. Wer so wie er in nicht zu überbietender Verlogenheit Teile des deutschen Volkes gegeneinander heßt, während sich das Reich in schwerster Krise befindet, der beschmutzt den Stand des Zeitungs-schreibers und arbeitet gestiftlich am Verderben an Land und Volk.

Um den bayerischen Staatspräsidenten.

München, 28. Februar. (Eca.) In der heutigen Landtags-sitzung wurde der Antrag der Bayerischen Volkspartei, der von Regierung die Vorlage eines Gesetzesentwurfes zur Schaffung eines selbständigen, vom Volke gewählten Staatspräsidenten fordert, mit 71 gegen 56 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmten die Bayerische Volkspartei und die Deutschnationalen Mittelpartei, sowie die Deutsche Volkspartei, dagegen die Demokraten, der Bauernbund und die Sozialdemokraten. Da damit die notwendige Zweidrittelmehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl nicht erreicht ist, hat der Gesetzesentwurf, wenn er von der Regierung vorgelegt wird, keine Aussicht auf verfassungsmäßige Annahme.

München, 28. Februar. (Eca.) In der heutigen Sitzung des Landtages ergaben sich Tumultszusammen, wie sie in der Geschichte des bayerischen Parlaments ohne Beispiel sind. Zu dem Antrag der Bayerischen Volkspartei auf Schaffung eines bayerischen Staatspräsidenten verlas der kommunistische Abgeordnete Eisenberger eine Erklärung, in der die Bayerische Volkspartei des Hochverrats beschuldigt wurde. Gegen diese Bemerkungen entstand auf der Seite der Rechten ein ungeheurer Entrüstungsurm. Stürmische „Pöbel“, Rufe und „Hinaus“-Rufe wurden laut. Eine große Anzahl von Abgeordneten der Rechtsparteien drängte erregt auf die Rednertribüne. Der Abgeordnete Graf von der Bayerischen Volkspartei stürzte auf Eisenberger zu und verfehlte ihm einen Schlag. Von der anderen Seite des Hauses eilte hierauf der Sozialdemokrat Josef Probst hinzu und verfehlte Graf mehrere Schläge und erhob drohend einen Stuhl gegen ihn. In dem Lärm, der darauf folgte, verfuhrte der Präsident vergeblich, sich Gehör zu verschaffen. Erst nach einiger Zeit trat soweit Ruhe ein, daß Eisenberger seine Rede beenden konnte.

mehr Kohlenoxyd und saugen daher mehr von diesem giftigen Gas ein. Von einer zu vier Fünftel gerauchten Durchschnittszigarette betrug das gebildete Rauchvolumen 0,503 Kubikfuß mit 7 Proz. Kohlenoxydgehalt. Ein Kubikfuß Kohlenoxyd enthält somit Kohlenoxyd wie vier Zigaretten. Beim Einatmen des Zigarettenrauches dringen flüchtige Destillationsprodukte weiter vor als beim Zigarettenrauchen, weshalb beim Inhalieren des Zigarettenrauches leicht Uebelkeit auftritt. Bei Zigarettenrauchern lassen sich Zeichen der Kohlenoxydaufnahme im Urin nachweisen, doch weicht die Menge. Ein Freund des Verfassers hatte z. B. 5 Proz. Kohlenoxyd im Blut, während ein anderer ebenso starker Zigarettenraucher nichts von diesem Gase im Urin hatte.

Schiller-Theater: „Kapitän Brolemann“ von Max Dreger. Auch dieses neue Stück des erfolgreichen Bühnenautors trägt den Stempel einer sympatisch-aufrechten Persönlichkeit. Bieder Milieu der pommerschen Heimat; See- und Hofelust; Kontrastierung vernünftig menschlicher Denkart mit borniertem Spießertum; eine Handlung, die auf theatermäßige Intrigen verzieht und einen einfachen Gedanken mit warmem menschlichen Gefühl herausarbeitet.

Sehr gut gesehen ist die Figur des Onkel-Kapitän, von Herrn Patrö vom Staatstheater vorzüglich verkörpert. Er tritt für seinen Neffen ein, der zum Entsetzen der Verwandtschaft Schauspieler werden will — noch schlimmer — sich mit einer Schauspielerin verheiraten will. Die von dem reichlich grünen, im Grunde herzengutem Jüngling Angelehnte (einer jener eigenartig-stochigen und gänzlich unfehlbarsten Mädchencharaktere, wie sie Dreger liebt) hat dem schüchternen Verehrer gelegentlich einen Ruck gegeben. Zu ihrem peinlichen Erschrecken sah er das als Einwilligung zu einer förmlichen Verlobung auf und hängt die Sache an die große Glocke. Die hochmütig dumme Feindseligkeit seiner Familie, insbesondere der reitenden Lante, reizt ihren Trost und ihren Kommodantenstolz. Ihnen zum Trotz geht sie auf die ihr aufgebundene Verlobtenrolle dem Schöne nach ein. Der Kapitän, vom Brautgarn als Schuttpatzen des jungen Paars herbeigerufen, sieht ihr mit seiner überlegenen reifen Männlichkeit und seinem menschenkundigen Spott von vornherein ganz anders in die Augen. Der weiß doch, was er will, der sieht sie, wie sie ist. Fäden der Neigung spinnen hinüber und herüber, der Schuttpatzen wird zum Rivolen. Aber das Hinüberwecheln vollzieht sich in seiner menschlich freier Weise. Die Freundschaft und die Achtung, die die drei Menschen für einander fühlen, bleibt von dem Wechsel unberührt. So endeten die Szenen, die in der Schilderung der Reederleute hier und da das Pöbelhafte streifen, mit einem voll nachhallenden Akkord. Das Spiel erhob sich hier zur Höhe. Von den Darstellern ist neben Patrö insbesondere Fräulein Stolle in der Figur des Theaterfräuleins zu nennen. Das Publikum folgte mit offensichtlichem Interesse und spendete starken Beifall.

Rundchronik. Die Kasse der Akademie der Künste von Shadow bis zum jungen Wenzel, ist auf viellachen Bank verlängert worden.

Das Rubrikant, das die Bräuer aus drei Städten des Ruhrgebietes Essen, Bochum und Dortmund unter Leitung ihrer Dirigenten Hebler, Eichen, Schatz, Dortmund im Großen Schauspielhaus am Sonntag ausführen, beginnt 11 1/2 Uhr (nicht 11 Uhr).

Stresemann über die deutschen Vorschläge.

In einer volksparteilichen Versammlung in Dortmund, über die WTB. einen längeren Bericht verbreitet, äußerte sich Dr. Stresemann über die deutschen Vorschläge u. a. folgendermaßen:

Man hat gesagt, die Deutschen betreiben eine Art betrügerischen Bankrotts. Dabei weiß man genau, daß der Pariser Konferenz ein Vorschlag vorlag, in dem viel mehr angeboten wurde, als der unparteiische amerikanische Bankier Morgan als das Höchstmaß der deutschen Leistungsfähigkeit angesehen hätte. Die Regierung wollte bei Gewährung eines Moratoriums die gesamte Summe der Kriegsschuldigung sofort verzinsen, auch wenn die internationale Anleihe nicht zustande kam. Sie wollte die erste und zweite Rate selbst aufbringen, wenn nur die dritte Rate vom internationalen Markt aufgenommen würde. Wäre der Vorschlag so schlecht gewesen, wie man glauben zu müssen versucht ist, dann hätte Poincaré ihn sicher längst veröffentlicht und darauf hingewiesen.

Die Industrie hat sich mit der gesamten Wirtschaft, auch mit der Landwirtschaft, bereit erklärt, die Verzinsung der Summe zu garantieren, die Cuno anbietet. Deutschland kann als Reich keine Kriegsschuldigung anbieten. Das Reich ist bankrott, deshalb wollen die Führer der Wirtschaft für ihre Unternehmungen die Verzinsung garantieren. Das Beste, was wir haben, die deutsche Wirtschaft, stand als Garant da.

Ob die Darstellung des Herrn Stresemann über die Haltung der Industrie in der Garantiefrage in allen Einzelheiten zutrifft, lassen wir dahingestellt. Auch die Frage, ob die „Führer der Wirtschaft“ in den kritischen November- und Dezemberwochen politisch glücklich operiert haben, mag für heute unerörtert bleiben. Hervorgehoben muß indes die Tatsache werden, daß der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann in einer öffentlichen Erklärung — die diesmal hoffentlich auch von seinem Organ „Die Zeit“ veröffentlicht werden wird — die Bereitschaft der Industrie und Landwirtschaft befundet, die Garantie für die deutschen Zahlungen zu übernehmen.

Befehung Elberfelds?

Paris, 28. Februar. (U.) Der „Intransigeant“ schreibt: Wenn die Engländer uns keine Zugeständnisse machen, werden wir keine andere Möglichkeit haben als die, einen Weg in das Ruhrgebiet über Elberfeld zu suchen.

133 000 Mann.

London, 28. Februar. (CP.) Auf eine Anfrage im Unterhause erklärte Bonar Law, daß Frankreich gegenwärtig an der Ruhr eine Armee von 133 000 Mann stehen habe.

Mobilisierung der Eisenbahner.

Brüssel, 28. Februar. (CP.) Die Militärbehörden haben eine größere Anzahl von Eisenbahnern, Post- und Telegraphenangestellten für das Ruhrgebiet mobilisiert. Dem Personal ist gleichzeitig mitgeteilt worden, daß es im Weigerungsfalle der gerichtlichen Verfolgung ausgesetzt sei.

In einer Versammlung französischer Eisenbahner in der Nähe von Essen wurde von fast allen Rednern betont, die französische Regierung habe die Eisenbahner ausdrücklich zu dem Zweck eingeholt, die deutschen Eisenbahner zu unterstützen. Sie seien daher überrascht gewesen, als sie nun dazu mißbraucht wurden, die deutschen Eisenbahner aus ihrer Arbeit zu verdrängen.

Das Verfahren gegen Dehme.

Paris, 28. Februar. (Ca.) Eine Anzahl Berliner Korrespondenten der französischen Presse beschäftigen sich mit dem Verfahren gegen Dehme. Der Korrespondent des „Petit Parisien“ sieht in dieser Verhaftung ein Zeichen nationalistischen Terrors, dem es gelungen sei, ein „Reinigungsverbrechen“ herzustellen. Auch der Korrespondent des „Journal“ nimmt Dehme in Schutz. Er erklärt, die Veröffentlichungen der „Roten Fahne“ seien für die ausländischen Korrespondenten Berlins nichts Neues gewesen.

Walter Dehme schickt uns eine Darlegung, die zunächst die Angaben der DTA über ihr Verhältnis zu Dehme für unwahr erklärt und dann u. a. folgt:

Es ist unwahr, daß der Bericht über angebliche Meutereien in der Reichswehr sich auf Münster bezog. Es handelte sich um die in der Presse damals allgemein erörterten Meutereien in Allenstein, sowie um eine Ausrückung, die der Reichswehrminister Gessler mir persönlich als Erklärung dieser Erscheinungen im Reichsloge gemacht hatte.

Es ist unwahr, daß die Transatlantic News Trans-mission der politischen Polizei als übel beleumundet bekannt ist. Der untersuchende Kommissar Mercier, mit dem der Vertreter der DTA allein gesprochen hat, befreit energisch, eine solche Ausrückung getan zu haben.

Es ist unwahr, daß ich einem Mitglied des französischen Generalkonsulats Sitzungsberichte des Reichswirtschaftsrates verkauft habe. Vielmehr sind die für die Veröffentlichung bestimmten, im Buchhandel käuflichen, der DTA von der Pressestelle des Reichswirtschaftsrates gelieferten Berichte nach Bewertung in der DTA mit Wissen des verantwortlichen Redakteurs, Herrn Frey, einem französischen wirtschaftlichen Unternehmen zur Verfügung gestellt worden.

Devisenkurse.

	28. Februar		27. Februar	
	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Silber) Kurs	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Silber) Kurs
1 holländischer Gulden	8067.52	9012.48	8067.52	9012.48
1 argentinische Papier-Peso	8428.87	8471.13	8428.87	8471.13
1 belgischer Franc	1206.97	1218.08	1218.93	1223.05
1 norwegische Krone	4179.52	4200.84	4139.62	4160.38
1 dänische Krone	4403.95	4431.05	4359.—	4411.—
1 schwedische Krone	6009.98	6040.07	6009.98	6040.07
1 finnische Mark	617.45	620.55	610.47	613.63
1 japanische Yen	10872.75	10927.25	10842.72	10827.25
1 italienische Lire	1084.78	1090.22	1087.27	1092.73
1 Pfund Sterling	106453.12	107018.88	106483.12	107018.88
1 Dollar	22643.25	22756.75	22643.25	22756.75
1 französischer Franc	1876.55	1888.45	1891.51	1898.40
1 brasilianischer Milreis	2193.75	2206.25	2193.75	2206.25
1 Schweizer Franc	4244.86	4265.64	4234.88	4255.62
1 spanische Peseta	8528.65	8546.35	8528.65	8546.35
100 österr. Kronen (abgest.)	81.77	81.93	81.77	81.93
1 tschechische Krone	—	—	668.82	671.85
1 ungarische Krone	7.50	7.54	7.48	7.42
1 bulgarische Bema	—	—	129.67	130.33
1 jugoslawischer Dinar	—	—	216.45	217.88

Festsetzung der Mietzuschläge.

Abänderungen durch den Oberpräsidenten.

Das städtische Zentralamt für Wohnungswesen teilt mit: Die neue Abänderungsbestimmungen des Magistrats zum Reichsmietengesetz ist, nachdem der Oberpräsident seine Zustimmung gegeben hat, heute in einer Sonderausgabe des „Gemeindeblattes“ veröffentlicht worden. Die neuen Sätze gelten nach den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes ab 1. März d. J. Die neue Bestimmung ändert den bisherigen Zustand sowohl materiell als auch hinsichtlich der Höhe der Hundertsätze und Höchstgrenzen. In Geschäfts- und Industriebüroen ist der bisherige Begriff der „gewerblich (im Sinne der Gewerbeordnung) genutzten Räume“ fortgefallen, und durch einen Begriff „gewerblich zu Bureau-, Geschäfts- oder ähnlichen Zwecken genutzte Räume“ ersetzt. Das heißt: Die Inhaber dieser Räume haben die Höhe der Hausangelegten bis zu der jeweils vom Demobilisationskommissar für verbindlich erklärten Höhe zu tragen. Der auf die Wohnung des Hauswarts für die Sammelheizung entfallende Kostenanteil ist von sämtlichen Rauminhabern (außer dem Hauswart) nach dem Verhältnis der Grundmieten zu tragen. Die Stromkosten sind für den Fahrstuhl in voller Höhe zu zahlen. Der Kreis der großen Instandsetzungsarbeiten ist durch den Oberpräsidenten auch auf Teilarbeiten am Neuherrn des Hauses ausgedehnt worden. Teilarbeiten gelten jedoch nur dann als große Instandsetzungsarbeiten, wenn sie einen Kostenaufwand von mindestens 500 v. H. der monatlichen Grundmiete erfordern.

Die Hundertsätze und Höchstgrenzen haben im einzelnen folgende Abänderungen erfahren. Es sind festgesetzt worden: Für Zinsen-Steigerung 15 Proz., für Verwaltungskosten einschließlich Reinigungsmaterial und der Kosten für Hausangestellte in einfachen Häusern 450 Proz., in Häusern mit Warmwasser-Verzinsung oder Sammelheizung oder Fahrstuhl 500 Proz., in Häusern mit Sammelheizung, Warmwasser-Verzinsung und Fahrstuhl 600 Proz., in Geschäfts- und Industriebüroen für nicht gewerblich zu Bureau-, Geschäfts- oder ähnlichen Zwecken benutzte Räume 600 Proz., in Geschäfts- und Industriebüroen für gewerblich zu Bureau-, Geschäfts- oder ähnlichen Zwecken benutzte Räume ausschließlich der Kosten für die Hausangestellten 350 Proz. In Häusern der letzten Art sind wie bisher die Löhne der Hausangestellten von den Mietern zu tragen, jedoch sind bei der Umlage der Löhne solche Räume nicht zu berücksichtigen, die nicht gewerblichen, Bureau-, Geschäfts- oder ähnlichen Zwecken dienen. Für laufende Instandsetzungsarbeiten ist ein Hundertsatz von Tausend Prozent festgesetzt worden.

Bei großen Instandsetzungsarbeiten kann das Mieteinigungsamt Zuschläge bis insgesamt 1000 Proz. der Jahresgrundmiete bewilligen. Die Höchstgrenze beträgt für Malabfuhr 1500 Prozent, für Schlackenabfuhr 1500 Proz., für Versicherung gegen Feuer 1000 Proz., für Versicherung gegen Glas- und Wasserleitungschäden sowie gegen Haftpflicht zusammen 800 Proz., für den Fahrstuhl 400 Proz. der monatlichen Grundmiete.

Der Vorschlag III auf die Sofahöhe Grundmiete erhöht worden. Die Mieter, die bereits am 1. Januar 1923 für das Vierteljahr den Mietzins entrichtet haben, sind verpflichtet, den Unterschiedsbetrag am 1. März nachzuzahlen.

Was der 1. März bringt.

Der 1. März besichert uns wieder eine ganze Reihe von Tarif- und Preiserhöhungen, die im einzelnen von uns bereits berichtet worden sind, die wir aber noch einmal kurz zusammenfassen.

Stadtb., Ring- und Vorortbahnen: Einzelfahrtarten 3. Klasse 1. Zone 160 M. und weiter bis zu 320 M., 2. Klasse 1. Zone 320 M. und weiter bis zu 640 M. Monatskarten 3. Klasse 4000 bis 8000 M. je nach Zone, 2. Klasse 8000 bis 16 000 M. je nach Zone.

Eisenbahnen (Fernverkehr) 4. Klasse 16 M., 3. Klasse 24 M., 2. Klasse 48 M. und 1. Klasse 96 M. pro Kilometer. Eine Bahnsteigkarte kostet 50 M.

Strombahn: Die Einzelfahrt 250 M., Bodentarten 2500 M., Monatskarten 15 000 bis 40 000 M. je nach der Zahl der Runden. Umsteigekarte 350 M.

Gas: 420 M. pro Kubikmeter nach Bestandaufnahme im Februar.

Elektrisches Licht: 800 M. pro Kilowattstunde mit Wirkung von der Bestandaufnahme im Februar.

Postabgaben: Postkarte im Ortsverkehr 20 M., im Fernverkehr 40 M.; Briefe im Ortsverkehr 40 bis 120 M. je nach Gewicht, im Fernverkehr 100 bis 180 M.; für Druckfachen 20 bis 150 M.; für Geschäftsbriefe 100 bis 150 M.; für Warenproben 100 bis 120 M.

Fernsprechtgebühren: Die Berechnung erfolgt nach Friedenspreisen. Hierzu tritt ein Teuerungszuschlag von 2000 Proz. zur Friedensgebühr. Das billige Einzelfahrt bis zu 5 Kilometer Entfernung von 3 Minuten Dauer kostet somit 29 M.

Mieten: Die vom Magistrat beschlossenen neuen Zuschläge haben die Genehmigung des Oberpräsidenten mit einigen Einschränkungen zugunsten der Mieter erhalten.

Prozess Röber-Morvilius.

Schon lange vor Beginn der heutigen Sitzung drängte sich ein zahlreiches Publikum vor den Eingangstüren zum Justizraum des kleinen Schwurgerichtssaales. Pünktlich um 9 Uhr eröffnete Landgerichtsdirektor Schimmel die heutige Sitzung. Er teilte mit, daß die Angeklagte Frau Anna Förster, die bekanntlich nach Holland geflüchtet und dort aufgegriffen worden war, heute morgen in Berlin eingetroffen sei. Gegen Frau Förster wird am Freitag verhandelt werden.

Sodann hält der Vorsitzende dem Angeklagten Ehemann Röber vor, daß er entgegen seinem bisherigen Bestreben schon längst gewußt haben müsse, daß seine Frau stehle. In Elberfeld sei am 8. Dezember 1916 die Frau Röber, die damals Schneider hieß (in zweiter Ehe), bei einem Warenhausdiebstahl angehalten worden, und zwar nach dem polizeilichen Bericht in Begleitung eines Matrosen namens Röber. Es wird dann das Urteil aus Düsseldorf verlesen. Danach ist Frau Röber in Begleitung von Anna Förster abgeführt worden und bei ihrer Durchsichtung wurden verschiedene Sachen in den Kleidern und Strümpfen versteckt gefunden. In den Wohnungen wurden Koffer, die ebenfalls gestohlen waren, angefüllt mit Sachen, die aus Berliner und rheinischen Warenhäusern zusammengekauft waren, gefunden. Es sind etwa 50 Zeugen geladen. Bei Vernehmung des Ingenieurs Schlichting gerät Frau Röber in Erklärungsnot. Sie springt auf, schließt die Augen und ruft: „Endlich sehe ich ihn wieder! Als dann der Zeuge seine Aussage gemacht hat, die für die Angeklagten einigermaßen entlastend war, wirft die Röber ihm die Hände zu. Vor.: Aber Frau Röber, markieren Sie doch doch nicht so, Sie waren doch eine ganze Weile vernünftig! Angelk. Röber: „Aber Herr Vorsitzender, das ist doch mein Sach. Wenn Sie wüßten!“ (Heiterkeit im ganzen Saal.) Der nächste Zeuge Kaufmann Ludwig Knoll hat von Förster für etwa 40 000 M. Waren gekauft, darunter geschliffene Kristallvasen, seidene Stores, Goldschmuck usw. Staatsanwalt Kaufmann: „Herr Zeuge, haben Sie wirklich geglaubt, daß die Sachen, die Sie gekauft haben, alle in einem Spielklub zu haben waren? Waren Sie der Ansicht, daß man dort Goldschmuck und seidene Stores bekommt?“ Zeuge: „Ich war noch nie in einem Spielklub, habe aber angenommen, daß die Sachen dort verkauft waren. Der Zeuge bleibt wegen Verdachtes der Mithäufigkeit unvereidigt. Dann wird Frau Förster ausgerufen, die Schwester der Angeklagten Röber, die in Holland verhaftet und nach Berlin gebracht worden ist. Man hat bei der Festgenommenen größere Barbestände gefunden, die in zwei Paketen auf dem Gerichtstisch deponiert werden. Als Frau Röber hört, daß ihre Schwester im Saal erscheinen soll, ruft sie: „Meine Schwester kommt nicht,

geben Sie sich gar keine Mühe.“ Vor.: „Doch, doch, Sie ist gleich hier, Sie werden sie gleich sehen.“ Die Vernehmung mußte jedoch verschoben werden, da der begleitende Kriminalbeamte nicht zur Stelle war.

Bandenführer Tyska wieder festgenommen.

Ein Abenteuerer, der in der Dessenlichkeit schon viel von sich reden machte, ist wieder einmal hinter Schloß und Riegel gebracht. Der Elektromechaniker Hoffo v. Tyska spielte in der Zeit nach der Revolution in Berlin eine unrühmliche Rolle. Er gehörte als Bizelembel der republikanischen Soldatenwehr an, verließ sie heimlich, befehligte aber seine Ausweispolizei und den Waffenschein. Mit geschäftsmäßigem Verstand bildete er nun eine Bande, die eine zeitlang der Schrecken der Berliner Spielklubs war. Von Tyska kundschaftete aus, wo sich zur Nachtzeit reiche Leute zum Spiele verjammelten, brach dann mit seiner Truppe plötzlich in die Räume ein, hielt die Spieler unter dem Rufe „Hände hoch“ mit vorgehaltener Waffe in Schach, „beschlagnahmte“ die Spielgelder und plünderte die ganze Gesellschaft möglichst gründlich aus. Endlich wurde er mit 6 Mann festgenommen und zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Nach ihrer Verbüßung verschwand er aus Berlin, um anderswo ein Abenteuer- und Schwimmlerleben fortzusetzen. Jetzt hat ihn die Kriminalpolizei in Karlsruhe wegen verschiedener Verbrechen wieder festgenommen. Von Tyska ist in Berlin in mehreren größeren Prozessen mit politischem Anstrich auch als Zeuge aufgetreten.

Die Kriegsbliinden und ihre berechtigten Forderungen.

Vor kurzem hielt der Bezirk Brandenburg des Bundes erblindeter Krieger Deutschlands in den Germania-Prachhöfen eine außerordentlich stark besuchte Versammlung ab, um Stellung zur Neuordnung der Kriegsbliendenversorgung zu nehmen. Von sämtlichen Parteien des Reichstages waren Vertreter aus dem Kriegsbliendenausschuß erschienen. Der Vertreter des Bundes aus dem Reichsausschuß der Kriegsbliendenfürsorge berichtete über die Novelle und die Forderungen der Kriegsblienden bei der Neuordnung, die in der Hauptsache darin bestehen, den vollständig Erwerbsunfähigen, insbesondere den Kriegsblienden bei der Versorgung das Existenzminimum zu gewähren. In Österreich erhalten die Kriegsblienden 220, in England 155, in Frankreich, Italien, Amerika 135 Proz. des Existenzminimums (wobei die zweite Auslegung des Existenzminimums in den valuarischen Ländern zu berücksichtigen ist), während sie in Deutschland nach der neuen Novelle nur 45 Proz. und bei Nachweis der Bedürftigkeit und Erwerbslosigkeit 75 Proz. des Existenzminimums erhalten sollen. Bisher erreichte die Versorgung ohne Teuerungszulage nur 5 Proz., und mit sämtlichen Teuerungszulagen 25 Proz. des Existenzminimums. Der Bedürftigkeitsnachweis wurde von den Kriegsblienden besonders bitter empfunden, da sie durch den Nachweis das drückende Gefühl der Armenpflege haben. Der Bedürftigkeitsnachweis habe bei Kriegsblienden solange keine Berechtigung, als ihnen nicht das Existenzminimum gewährt werde. Die Kinderzulage müsse bedeutend erhöht und ebenso müsse eine Frauenzulage gewährt werden. Von der SPD. führte Genosse Albrecht aus, daß seine Partei stets die Forderungen der Kriegsblienden unterstütze, und erklärte im Auftrage der erschienenen Kollegen, daß sie die Berechtigung der sämtlich vorgebrachten Forderungen anerkannten. In der Diskussion verdrängten die Kriegsblienden, ihr jahrelanges Mißtrauen zurückzustellen, und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß das deutsche Volk diesmal durch seine Vertreter ihre Not, wenn auch nicht ganz aufhebe, so doch mindere.

Prozess Navarra.

In unserem Prozeßbericht über den Prozeß Navarra ist uns ein Irrtum unterlaufen. Nicht der Stadtverordnete Heilmann, der für unsere Fraktion Mitglied des Ausschusses der Berliner Anschaffungs-Gesellschaft ist, soll als Entlastungszeuge in dem Prozeß Navarra vernommen werden, sondern ein Herr Heilmann, Geschäftsführer der Firma R. R. Raaben, der seinerzeit die Aufsicht über die alte, während des Krieges gegründete R. R. innehatte. Unsere Genossen im Ausschuss der Berliner Anschaffungs-Gesellschaft legen Gewicht auf die Aufklärung dieses möglicherweise unangenehmen Mißverständnisses, da die sozialdemokratische Fraktion früher mit großer Energie gegen die Wirtschaft in der alten R. R. Sturm gelassen hat. Jetzt ist bekanntlich diese aus der Kriegszeit übernommene Gesellschaft reorganisiert und eine Tochtergesellschaft des Berliner Anschaffungsamtes, dessen kaufmännisch tüchtige und zuverlässige Leitung von allen Seiten anerkannt wird.

Um einen kleinen Gummibaß.

Der Amtsgerichtspräsident und der Oberstaatsanwalt bei dem Amtsgericht Berlin-Mitte eruchen uns auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme nachstehender Berichtigung:

Der Artikel „Um einen kleinen Gummibaß“ in Nr. 40 der Morgenausgabe des „Norma“ vom 25. Januar 1923 betreffend die Verurteilung einer Aufwartefrau zu 5 Tagen Gefängnis wegen eines aus Liebe zu ihrem Kinde in einem Warenhaus verübten Diebstahls eines kleinen Gummibaßes ist in folgenden Punkten unrichtig: 1. Die Angeklagte hatte nicht nur einen kleinen Gummibaß entwendet, sondern auch noch eine Wochstuchtasche, ein Paar Strümpfe, ein Buch, 2 Stück Seife, 1 Glaschälchen, 2 Dugend Siederheben, 2 Tuben Creme, 1 Cognac, im Gesamtwerte von damals 3713,75 M. 2. Der Antragsanwalt hat zur Begründung seines Antrags auf Verurteilung der Angeklagten zu einer Woche Gefängnis nicht gesagt, daß er eine Freiheitsstrafe beantrage, da die Angeklagte eine Geldstrafe doch nicht bezahlen könne, sondern den Antrag mit der Gemeingefährlichkeit der Warenhausdiebstähle, der Zahl der von den verschiedenen Tischen entwendeten Gegenstände und der Ausführung der Diebstähle in Gegenwart des Kindes begründet. Der Verteidiger hat vielmehr um Verhängung einer niedrigen Gefängnisstrafe gebeten, da die Angeklagte eine Geldstrafe nicht bezahlen könne.

Zu dem Leichenfund an der Mühlendammchleuse wird mitgeteilt, daß der Rumpf heute nachmittag abduziert werden wird. Alter und Geschlecht hat man noch nicht feststellen können, ebensowenig den Ort, wo das Verbrechen begangen, und die Stelle, wo der Rumpf in die Spree geworfen worden ist. Auf Veranlassung der Kriminalpolizei ist jetzt der Wasserschuh aufgegeben worden, um das Gewässer nach den noch fehlenden Leichenresten abzusuchen. Im Laufe des Tages wird eine Bekanntmachung an den Anschlagtaufen erscheinen.

Jugendveranstaltungen.

Berbezugs-Öfen. Jugendheim, Reinfurter Str. 18. Wühlereiverammlung. Die Arbeitsgemeinschaft findet erst am Sonntag in der Schule Petersburger Straße 4 statt.

Sport.

Stand des Sechstage-Rennens.

Nach der 14. Wertung (2 Uhr morgens), bei der Gabn und Adolf Guldsch je zweimal und Tetz einmal als erster durchs Ziel gingen, ergab sich folgendes Bild: Bauer-Tetz 210 Punkte, Gabn-Strupel 179 P., Gehr-Guldsch 173 P., eine Runde zurück. Abergger-Teichner 112 P., Stiefbrinl-Guldschler 85 P., Ederfeld 85 P., Randerh-Dehrndt 25 P., Billig-Kohl 14 P., zwei Runden zurück. Bante-Kuldsch 1 P. Nach dieser Wertung bildeten die folgende Ausschüsse ihrer Partner freigegebenen Scharfeld und Reinold eine neue Rennschaft und der erste entsetzte durch einen Fehlschlag eine wilde Jagd, bei der eine halbe Stunde lang alle Fahrer im Felde waren. Da Reinold den Vorprung nicht halten konnte, rüdte das übrige Feld wieder auf, mit Ausnahme von Stiefbrinl-Guldschler, die eine weitere Runde eingebüßt hatten.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Mild und stellenweise feier, aber veränderlich, mit etwas Regen und lebhaften Südwesten bis westlichen Winden.

Gewerkschaftsbewegung

An die Arbeiter bei Schwarzkopff, Wildau.

Wir erhalten folgende Aufschrift:
Die „More Kahne“ glaubt in ihrer Morgenaufgabe vom 22. Februar den Wildauer Schwarzkopff-Arbeitern sagen zu müssen, daß der derzeitige Betriebsratsvorsitzende H. Lange, trotz wiederholter Rügen, sich den Anordnungen der kommunistischen Partei nicht gefügt und parteischädigend gewirkt habe, so daß sein Ausschluß aus der Partei unvermeidlich ist.

Berücksichtigt wird, daß die Feststellung dieser meinen Ausschluß bedingenden Tatsachen in einer Fraktionsprüfung erfolgte, in welcher ich nicht von Anfang an anwesend sein konnte. Wie die Gründe andieken, weshalb ich nach Meinung der KPD-Fraktion ausschlußfähig bin, dafür ein paar Beispiele aus letzter Zeit. In einer Betriebsratsprüfung am 14. Februar wurde einstimmig, also mit den Stimmen der KPD-Kollegen beschlossen, eine Betriebsratsversammlung abzuhalten, ohne Hinzuziehung eines betriebsfremden Referenten. In der allgemeinen Funktionärssitzung an demselben Tage wurde berührt, und zwar von einem KPD-Betriebsrat, der am Vormittag an dem Beschluß mitgewirkt hatte, den Beschluß umzustößen. Ganz selbstverständlich trat ich diesem Versuch entgegen und erreichte dadurch die Sanftionierung des Beschlusses des Betriebsrates durch die Funktionärerversammlung. Wenn man also offensichtlich Unfug belächelt, ist man bei der KPD ausschlußfähig.

Die führende Organisation im Betriebe ist der DMB. Dieser erteilt an seine Mitglieder einen Aufruf, die im besetzten Gebiete im Kampf stehenden Klassenkämpfer materiell zu unterstützen. Weil ich diesen Aufruf meiner Organisation propagierte, bin ich ausschlußfähig. Die wiederholten „Rügen“ und mehrere Vorgänge ähnlicher Art, wie die hier geschilderten, haben mich veranlaßt, der Komödie eines neuen Schiedsgerichtsverfahrens vorzubeugen und der Partei, in welcher man absolut keine eigene Meinung haben darf, den Rücken zu kehren.

Der proletarische Selbstschutz.

Der Ortsausschuß des DDB in Erfurt hatte sich kürzlich mit einem Antrag der Kommunisten zu befassen, auf Einführung von Richtlinien zu einem proletarischen Selbstschutz, die im Einklang mit den Betriebsräten und mit Zustimmung des (unter kommunistischer Leitung stehenden) Kartellausschusses aufgestellt seien. Auf die Fragen eines Genossen, was der Selbstschutz soll (wobei die „Richtlinien“ nichts befehlen), als was er ausgeübt werden soll, wo die kontrapositionären Organisationen seien, erhielt der Vorsitzende von den KPD-Leuten: „Ihr gehört auch dazu!“

Der Vorsitzende erklärte, die KPD sei nicht offiziell (!) an dieser Sache beteiligt. Der Selbstschutz solle eine rein legale Tätigkeit entfalten; er müsse ein Instrument der gesamten Arbeiterschaft sein. Ein anderer Kommunist erklärte auf die gestellte Frage, die KPD stehe auf dem Boden der Republik. Die „Amsterdamer“ dürften mit der KPD nicht zusammengehen, da es ihnen von der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei verboten sei. Der Beschluß: „den Bezirksleitungen wird die Pflicht auferlegt, die Arbeit der Gewerkschaftsfunktionäre durch Bewußtseinsarbeit der Bezirks-Parteileitung nachzuprüfen“ ist nicht etwa von einem sozialdemokratischen Parteitag, sondern von dem Leipziger Parteitag der Kommunisten gefaßt worden.

Genosse Schulle erklärte schließlich, daß die „konterrevolutionären Amsterdamer“ auf Grund der Erfahrungen beim Kapp-Putsch eine Beteiligung an dem kommunistischen Selbstschutz ablehnen, daß sie es ablehnen, sich der KPD unterzuordnen. — Die Kommunisten hatten nachträglich zwei Vertreter der Jugendbewegung der KPD in die Sitzung bestellt. Während der eine der Jugendlichen für die „Richtlinien“ eintrat, lang draußen die KPD-Jugend die Internationale. Den KPD-Herrschaften wurde gesagt, daß solche bestellte Arbeit keinen Eindruck machen kann; wenigstens keinen günstigen.

Während in der Abstimmung wurde die Entscheidung der Kommunisten mit 22 gegen 20 Stimmen angenommen. Die Kapitulanten zeigten sich nun großmütig, indem sie unseren Genossen die drei Vertreter, die das Kartell nach den Richtlinien im „Selbstschutz“ haben soll, überließen wollten. Da auch die kommunistischen Delegierten ablehnten, soll der Kartellausschuß die drei Gläubigen bestimmen. — Aber nach diesem Muster soll die „Einheitsfront“ hergestellt werden; die Kommunisten nehmen das Heft in die Hand und einige Sozialdemokraten als Kuschelgeschid in den „Betrieb“. Vorausgesetzt, daß es parteigenössische Gewerkschaftler gibt, die ihnen auf den Leim gehen, wozu sich ein halbwegs überzeugter Genosse niemals findet. Das verbietet schon der Selbstschutz der Gewerkschaften gegen die KPD.

Belagerungszustand im Saargebiet?

Seit über 14 Tagen steht die Belegschaft der Saargruben im Wirtschaftskampf. Die Einmütigkeit und Geschlossenheit ist noch dieselbe wie am ersten Tage. Ruhe und Ordnung wird in muster-

gültiger Weise aufrechterhalten. Die Bergverwaltung, die mit legalen Mitteln dem Streik nicht beikommen kann, ersuchte um die Hilfe der Regierung. Die Regierung holte französische Militär heranz und es bleibt ihr nur noch das äußerste Mittel, der Belagerungszustand. Die vier Organisationen, die um das Koalitionsrecht kämpfen, erleiden an die Belegschaften der Saargruben nachfolgenden Aufruf:

Kameraden!

Zwei volle Wochen stehen wir schon im Streik. In musterhafter Weise werden Ruhe und Ordnung aufrechterhalten. Unersehbar und unerwartet steht die gesamte Belegschaft der Saargruben im Kampfe, mit dem festen Willen, auszuhalten, bis ihre gerechten Forderungen erfüllt sind.

Das Fehlen der Kohlen macht sich im gesamten Wirtschaftsleben des Saargebietes sehr nachteilig bemerkbar. Ohne Grund hat die Grubenvverwaltung die Lieferung elektrischen Stromes eingestellt bzw. stark gekürzt. Trotzdem steht die gesamte Öffentlichkeit auf der Seite der streikenden Bergarbeiter. Darob werden Arbeitgeber und Regierungskommission nervös. Sie sehen, daß die gerechte Sache der Bergarbeiter gut steht und diesen der Sieg winkt. Nun soll, wie wir erfahren, in letzter Stunde der Sieg der streikenden Bergarbeiter durch Eingreifen scharfer Maßnahmen verhindert werden. Erfundene Berichte über Belästigung Arbeitsmüßiger, aufreizendes Auftreten Landfremder sollen die Bergarbeiter schädigen. Ein Herr von Spigeln, die sich gegenseitig selbst nicht trauen und einander beschuldigen, ist beauftragt, Material gegen die Streikenden zu sammeln. Solches Material soll gegen die Streikenden zeugen. Denn der Arbeitgeber verlangt, gekürzt auf derartige „Unterlagen“, von der Regierungskommission die Verhängung des Belagerungszustandes.

Die Plakate sind bereits gedruckt. Mit Hilfe des Belagerungszustandes sollen die legalen gesetzlichen Mittel der Streikenden (Streikposten, Versammlungen, Presse) zerschlagen werden. Durch Einschüchterung, Aufhebung der persönlichen Freiheit sollen die Bergleute zur Grube gebracht werden.

Kameraden!

Sollte die Regierungskommission wirklich, ohne daß dazu irgendwelche Gründe vorliegen, angesichts der Ruhe und Ordnung im Gebiet, lediglich weil die Grubenvverwaltung das zur Niederbringung der Bergleute wünscht, diese scharfe Maßnahme ergreifen, dann heißt es recht: Hart werden! Keiner Macht darf es gelingen, uns in dem festen Entschluß, auszuharren, wankelmütig zu machen. Die ganze Bevölkerung muß gegen einen solchen Plan der Regierung scharfsten Einspruch erheben. Für uns gilt aber, wenn der Belagerungszustand verhindert wird, und trotz der dann erfolgten Entziehung der legalen Mittel zur Durchführung des Streiks und Bedrohung der persönlichen Freiheit, dann erst recht die Parole: Durchhalten!

Streikbrecher nach dem Ruhrgebiet?

In der letzten Zeit gingen Mitteilungen durch die Blätter, daß polnische, tschechische, serbische und ungarische Bergarbeiter auf dem Wege nach Frankreich seien. Wie der Internationale Gewerkschaftsbund (Sig Amsterdam) uns mitteilt, vermutete er, daß diese Bergarbeiter möglicherweise für das Ruhrgebiet bestimmt sind und wandte sich an die betr. gewerkschaftlichen Landeszentralen mit der Bitte um Unternehmung. Am 22. Februar erhielt er von der Gewerkschaftskommission Deutschösterreich ein Schreiben, wonach 30 von französischen Agenten in Pisek (Böhmen) angeworbene Arbeiter in Innsbruck angehalten worden seien. Diese Arbeiter wären angeblich für Zirkusarbeiten angenommen worden. In der Woche vorher sollen auf der gleichen Strecke 9 serbische Bergarbeiter durchgeschmuggelt sein. Da sie einzeln reisten, seien sie der Aufmerksamkeit der dortigen Genossen entgangen.

Nach weiteren Mitteilungen hat die deutschösterreichische Gewerkschaftskommission, was in ihren Kräften steht, um den Zugang von Streikbrechern nach dem Ruhrgebiet fernzuhalten. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat nunmehr auch an die übrigen gewerkschaftlichen Landeszentralen das Ersuchen gerichtet, das gleiche zu tun. Wünschenswert wäre es, daß die entsprechenden Folgen gegeben werden. Es bedarf ohne Zweifel großer Umsicht, da die Streikbrecherwerber jedenfalls keine List scheuen werden, um zu ihrem Ziele zu gelangen.

Der Achtstundentag in Italien hat Mussolini den faschistischen Symbolen durch die Einbringung des Gesetzes betreffend den achtstündigen Arbeitstag als bevorstehend angekündigt mit dem Bemerkung, daß der achtstündige Arbeitstag auch eine hochwertige achtstündige Arbeit bedeuten soll.

190 000 Arbeitslose in der Tschechoslowakei wurden dem Abgeordnetenhause bei der Verhandlung der Interpellation über die Wirtschaftskrise für Januar 1923 angegeben.

Die Arbeitsloseniffer in England betrug am 19. Februar 1 340 200, d. h. 23 751 weniger als in der vorausgegangenen Woche und 145 678 weniger als am 1. Januar dieses Jahres.

Eine drohende Krise im englischen Bergbau wird in folgendem Vorgehensbild: Bonar Law empfing die Mitglieder des Exekutivkomitees der Bergarbeitergewerkschaft, die von mehreren Abgeordneten aus Bobbistren, in denen Bergwerke liegen, be-

gleitet waren. Die Abordnung trug die Notwendigkeit vor, sofort eine internationale Untersuchung über die Wirtschaftslage im Bergbau anzustellen. Bonar Law lehnte es ab, den Forderungen der Abordnung Folge zu geben, weshalb die Delegierten beschlossen, alle englischen Bergarbeiterdelegierten auf den 27. März zu einem besonderen Kongresse zusammenzuberufen, wo wichtige Entscheidungen fallen sollten.

Deutscher Wertmessen-Berband. Bezirk 15. Papier- und Druckereiarbeiter der Industrie. Am Freitag um 5 Uhr: Versammlung, Klubhaus, Dönhof 2.

Wirtschaft

Der deutsche Außenhandel im Januar.

Nach den vorläufigen Angaben des Statistischen Reichsamts entwickelte sich der deutsche Außenhandel im Januar mengenmäßig wie folgt:

Die Einfuhr stieg von 43,3 Millionen Doppelzentner im Dezember auf 47,3 Millionen Doppelzentner. Die Ausfuhr ging dagegen von 17,6 Millionen Doppelzentner im Dezember auf 13,1 Millionen Doppelzentner zurück. Nun bietet allerdings der Dezember nur geringe Vergleichsmöglichkeiten, weil ja in diesem Monat vor allem die Ausfuhr durch die Aufarbeitung einzelner Rückstände künstlich gesteigert wurde. Das gleiche Verhältnis, Zunahme der Einfuhr und Rückgang der Ausfuhr, zeigt sich aber auch, wenn man den Januar mit dem Monatsdurchschnitt des Gesamtjahres 1922 vergleicht. Eingeführt wurden im Monatsdurchschnitt im Vorjahre 38,2 Millionen Doppelzentner, ausgeführt 18,0 Millionen Doppelzentner. Die Verschiebung des Januarhandels gegenüber dem Monatsdurchschnitt des Vorjahres ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Einfuhr von Steinkohlen erheblich zugenommen hat (10,5 bzw. 18,7 Millionen Doppelzentner) und daß gleichzeitig deren Ausfuhr stark zurückgegangen ist (4,2 bzw. 0,9 Millionen Doppelzentner).

Auch gegenüber dem Vormonat hat die Einfuhr von Steinkohlen weiter zugenommen. Ferner sind mit erheblichen Steigerungen zu erwähnen: Braunkohlen, Bau- und Ruhholz, Eisen und Eisenlegierungen; dagegen ist die Einfuhr von Getreide und Sämereien und Eisenerzen nicht unerheblich zurückgegangen. Auch Lebensmittel wurden im allgemeinen in vermehrtem Maße eingeführt. Vor allem ist die Zunahme der Einfuhr von Roggen (plus 1 Million Doppelzentner) zu erwähnen. Fertigwaren wurden dagegen fast durchweg in geringerer Menge eingeführt. Herdanzubehören sind vor allem Textilien und Eisenwaren, deren Rückgang vielleicht zum Teil durch den Einfall in das Ruhrgebiet verursacht sein dürfte.

An dem Rückgang der Ausfuhr sind besonders beteiligt: Textilien, Deckschiffe, Bau- und Ruhholz, Steinkohlen und andere Brennstoffe, Zement, Kali und Eisenbahnzeug und fast sämtliche Fertigwaren.

Verflechtung des Arbeitsmarktes.

Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage Deutschlands haben sich auch im Laufe des Monats Januar weiterhin verschlechtert. Nach den monatlichen Berichten, die das Reichsarbeitsblatt auf Grund von Unterlagen aus typischen Industriebetrieben Deutschlands zusammenstellt, ist der Arbeitsmarkt in Deutschland zurzeit erheblich ungünstiger, als er in der gleichen Zeit des Vorjahres gewesen ist. An der folgenden Uebersicht kann die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes zum Schlichteren verfolgt werden. Von den berichtenden Betrieben entfielen auf:

	gut	befriedigend	schlecht
August 1922	53 Proz.	31 Proz.	15 Proz.
September	51	32	17
Oktober	44	30	17
November	43	28	19
Dezember	35	25	20
Januar 1923	31	23	26

Der Kohlenbergbau und der Erdbergbau waren im Januar in Deutschland gut beschäftigt und werden das voraussichtlich auch zukünftig sein, weil der Rohstoffmangel eher zu abgenommen hat. Auch die Eisen- und Metallindustrie, ebenso wie der Maschinenbau und die chemische Industrie haben im ganzen befriedigende Berichte eingeliefert. Im Schiffbauverkehr sind wohl verschiedene Schwierigkeiten aufgetreten, die jedoch im wesentlichen in den Schiffsfahrtsbehindernissen in der Winterzeit zu erklären sind.

Demgegenüber ist bei einer ganzen Reihe von Industrien eine mehr oder minder große Verschlechterung der Abgabeverhältnisse und damit auch des Arbeitsmarktes zu verzeichnen, so u. a. im Bekleidungs- und Nahrungsmittelgewerbe, in der Lederindustrie usw.

Verantwortlich für den Inhalt: Leit. Viktor Schill, Berlin; für Anzeigen: Th. Gieseler, Berlin. Verlags-Vertrieb: Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Formas-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin. Vindob. 2.

Arbeitsnachweisgesetz

mit Nebenbestimmungen erläutert von
Dr. jur. et phil. BERGER
Oberregierungsrat
im Reichsarbeitsministerium
und
W. DONAU
Regierungsrat im Reichsamt
für Arbeitvermittlung
Ein unentbehrliches Hilfsmittel für Behörden, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur praktischen Einführung u. Anwen. d. d. i. in Kraft getretenen Gesetzes.
Preis-Grundzahl M. 3.25
BUCHHANDLUNG VORWÄRTS, BERLIN SW, LINDENSTR. 2

Gold, Silber, Platin-Bruch Zahngebisse
kaufen zu unübertrefflichen Preisen, da Selbstverwertung.
I. Skalfitzer Str. 31 Lad.
II. Kaiser-Allee 210
Eing. Regensburger Str.

Alte Gebisse auch zerbrochene
pro Zahn 3200, 4000 bis 90 000 Mark
Gold-, Silberbruch zum Tageskurs kauft
Zahn-Ankaufsstelle
B. Zymelski, Weißburger Str. 37
Platin-, Gold- und Silberbruch
Zahngelasse, Uhren, Ketten, Kluge
sowie
Altmetalle kauft zu
sämmtl. Höchstpreisen
M. ZEISKE
Berlin O., Schreinerstr. 32
(Laden)
1 Minute vom Hof Frank. Allee
Fahrgeleitvergütung
Größtes Abnahmehabit für Händler

Entzückende Modelle in Damenhüten
einfache und elegante, kaufen Sie vorteilhaft direkt in
Ecksteins Hutfabrik, Invalidenstrasse 35
Ecke Chausseestraße
Kein Laden, nur eine Treppe.
Eise - a Lump esseri.

Kaufen Bücher
auch ganze Bibliotheken.
Bevorzugen werden Werke aus der
Sozial- und Naturwissenschaft,
Schönegeistige u. Kunstinliteratur.
Angeb. unt. 0 88 Hauptexped. Vorw.

Wo laß ich meinen Anzug machen?
Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?
Mag. Motel, Schneidermstr.
Neufölla, Ringbahnstr. 88. Tel. 900
Lieferung für höchste Staatsbeamten
Höchst. Entlohnungen u. Danföchten
Metallbetten
Stahlmattstr., Kinderbetten dir. an Priv.
Kat. 30A Irel. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Gewaltiger Preisabbau!

Wesentlich ermäßigte Preise!
Infolge günstigen Einkaufs bin ich in der Lage, folgende Waren: Anzüge, Schlüpfen, Paletots, Streifhosen, Gummimäntel mit
10% Ermäßigung
abzugeben.

Kauf erleichtert durch Anzahlung.
Hugo Simon
Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung
133 CHARLOTTEBURG 133
Wilmsdorfer Straße
an der Bismarckstraße.
Weitester Weg lohnend!

Zur Verlobung
Trauringe
Duk.-Gold 900 gest. v. 25000 M. an
einfache Trauringe, rest. von 6000 M. an.
Fast alle Preislagen am Lager. Namen u. Etui
umsont. Umarbeitungen und Anfertigungen
von Trauringen bei Goldgabe in 24 Stunden.
Garantiescheine für gesetzl. Goldgehalt!
Trauringfabrik Albert Thal & Co.,
C 19, Seydlitzstraße 5 (Spittelmarkt)

Wohnungstausch in u. nach Berlin
sowie von Berlin nach auswärts
am schnellsten durch eine Anzeige im
Groß-Berliner Wohnungsanzeiger
als einzige Spezialzeitung für möblierte
Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen
Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden
Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht.
Verband mit d. „Gr-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der
Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe
Bei allen Zeitungsänderungen und Klößen zu haben.
Verlag und Hauptanzel-entnahme
Zelungszentrale (ZZ) Aktiengesellschaft
erusalmer Str. 59 - Fernsprecher: Dönh. 11 3-10-3312

Zahngelbisse
auch einzelne Zähne kauft zum höchsten Tageskurs
sowie
sämtliche Schmuck-
gegenstände
zerbrochene Gegenstände genau denselben Wert, nur
Edelmetallverwertung
9 Kopenhagener Straße 9
2 Minuten vom Bahnhof Schönhauser Allee
und Hochbahnhof Nordring.